

Der grosse Sprung?

Deutschland im Reformsommer

Steht Deutschland vor dem grossen wirtschaftspolitischen Sprung nach vorn? Erste, zögerliche Schritte sind zwar zu erkennen. Zu hoffen ist aber, dass die Politik nicht – wie so oft – wieder einmal zu kurz springt und die Ansätze nur verwässert umgesetzt werden.



*Von Prof. Norbert Walter
Chefvolkswirt
Deutsche Bank, Frankfurt*

Die Politik in Deutschland hat es eilig im Sommer 2003. Vorbei sind die Zeiten der «ruhigen Hand» und des Aus-sitzens. Den Regierenden steht das Wasser bis zum Hals: Die grossen kollektiven, umlagebasierten Sozialsysteme befinden sich in der Klemme. Auf der einen Seite brechen mangels wirtschaftlicher Dynamik die Einnahmen der Sozialkassen weg. Auf der anderen Seite laufen vor allem infolge hoher Arbeitslosigkeit und der meist frühen Verrentung der Beschäftigten die Sozialausgaben aus dem Ruder. Die aktuelle Krise im Sozialbereich ist um so brisanter, als dass die kritische Phase der

demographischen Belastung noch bevorsteht. Die Bevölkerung in Deutschland wird in den kommenden Jahren zahlenmässig schrumpfen und altern: Immer weniger Einzahler in das System sollen Leistungen für immer mehr Empfänger finanzieren. Das kann offenkundig nicht gutgehen. Ohne einschneidende Korrekturen ist der Zusammenbruch der staatlichen Sozialsysteme vorprogrammiert. Darauf hat die Politik bislang aber erst zögerlich reagiert. Halbherzige Korrekturen mit dem Ziel, Kosten zu reduzieren, sind freilich nicht genug, vielmehr gilt es, gleichzeitig an mehreren Stellschrauben zu drehen.

Wachstumsschwäche: Ursache oder Resultat?

Noch gibt es viele, die die gegenwärtige weltwirtschaftliche Wachstumsschwäche für die Finanznöte der Sozial- und Renten- und Krankenversicherungen verantwortlich machen. Einer seriösen Analyse hält dies aber nicht stand. Vielmehr können wir seit Mitte der 60er Jahre einen völlig anderen Zusammenhang beobachten: Je mehr die staatlichen Leistungen ausgeweitet wurden, desto weniger wuchs die Volkswirtschaft. Jetzt stagniert sie seit drei Jahren. Und eine Rückkehr auf den Wachstumspfad ist bei Beibehaltung einer Staatsquote von 50%, fehlgeleiteten Anreizen durch hohe Sozialtransfers und perspektivisch weiter steigenden Sozialabgaben nicht zu erreichen. Vielmehr brauchen wir Deregulierung, nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, mehr

Wettbewerb und eine deutliche Senkung der Transferleistungen und, im Gegenzug, eine Senkung der Sozialabgaben, um Arbeiten wieder attraktiver zu machen. Zu dem Credo für die ausufernden Sozialleistungen: «Sozial ist, was gleiche Einkommen schafft», gibt es eine marktwirtschaftliche Entsprechung: «Sozial ist, was mehr Wachstum schafft». Diese Erkenntnis scheint sich auch – zumindest in Ansätzen – bei der Bundesregierung breitgemacht zu haben.

Altersvorsorge

Das Jahr 2002 markierte in Deutschland eine wichtige Weichenstellung hin zu mehr Eigenverantwortung. Als Reaktion auf die Erkenntnis, dass die Renten schon für die heute Aktiven alles andere als sicher sind, erfolgte der Einstieg in die systematische Förderung des Vorsorgesparens im Rahmen der individuellen Vorsorge und der betrieblichen Altersvorsorge. Gemessen an der im Sozialbereich üblichen Flickschusterei war dies ein Quantensprung. Das private Sparen bietet nennenswerte Vorteile für den Einzelnen sowie für die Volkswirtschaft. Beiträge bzw. Prämien, die die Bürger bei privaten Institutionen – Banken, Versicherungen, Investmentfonds – ansparen, lassen eine höhere Rendite erwarten als die Beiträge bei der staatlichen Rentenversicherung, nicht zuletzt, weil die Spargelder auch in Ländern mit grösserer wirtschaftlicher Dynamik und günstigerer demographischer Entwicklung angelegt werden können.

www.norbert-walter.de

Obgleich der Einstieg in Deutschland zu vermehrter privater Kapitalbildung geschaffert ist, besteht fortgesetzter und grosser Handlungsbedarf. Der Staat muss die private Altersvorsorge in ihrer jetzigen Form deregulieren: Die Riester-Rente ist durchaus optimierbar. Während bei der Alterssicherung ein Paradigmenwechsel bereits erkennbar ist, steht eine entsprechende Neuorientierung im Gesundheitswesen noch aus. Auch der neue Ansatz der Bundesregierung zielt erneut vorrangig auf Kostensenkungsprogramme ab, die nach aller Erfahrung nur befristet wirken.

Wachstumsmarkt Gesundheit

Anstatt immer wieder neue Regulierungen für den Gesundheitsbereich zu erfinden, wäre es sinnvoll, mehr Wettbewerb zu wagen. Wettbewerb kann sich jedoch nur dort entwickeln, wo der Staat liberale Rahmenbedingungen setzt und sich mit Interventionen und eigenen Leistungsangeboten zurückhält. Für eine Abkehr vom Vollkaskoprinzip – das ungeachtet einiger jetzt geplanter Einschnitte in den Leistungskatalog weiterhin Realität bei den staatlichen Krankenkassen ist – spricht vieles. Vor allem gibt es Gren-

zen der Finanzierbarkeit. Besser wäre es, deren Leistungen auf die Absicherung grösserer Risiken, das heisst schwere Krankheiten, zu beschränken. Zugleich muss es aber eine obligatorische Grundsicherung geben, doch alles, was darüber hinausgeht, darf wettbewerblich organisiert sein: Der mündige Bürger sollte über den Umfang des Versicherungsschutzes im Krankheitsfall grundsätzlich selbst entscheiden können.

Arbeitsmarkt

Genau so wie im Bereich Gesundheit und Altersvorsorge, verleitet die gegenwärtige Regulierung am Arbeitsmarkt nicht zu ausgeprägter Eigenverantwortung. Schlimmer noch: Sie ist dem allgemeinen Wohlstand abträglich. Hohe Arbeitskosten – und überzogene Schutzregeln, die sich in ihren Wirkungen längst als das Gegenteil dessen erwiesen haben, als das, was sie zu erreichen vorgeben – vermindern die Arbeitskräftenachfrage. Insbesondere hohe Kosten für weniger produktive Arbeit haben im Verein mit hohen Sozialtransfers viele weniger gut qualifizierte Personen aus dem Markt gepreist. Wir leisten uns verfehlte Anreize: Sinnbild ist eine Schattenwirtschafts-

quote in Deutschland von 17%. Die älteren Arbeitnehmer werden vermehrt früher in Rente geschickt – in Deutschland arbeiten nur noch 35% der 55- bis 64jährigen, wohingegen in den USA fast 60% dieser Altersklasse produktiv sind. Obwohl sich das Modell «Frühverrentung» nicht als Jobmaschine herausgestellt hat, und vielmehr gerade in Ländern wie in den USA Wirtschaftswachstum auch mit Jobwachstum einherging, scheint sich diese Erkenntnis hierzulande nur langsam durchzusetzen.

Statt den Mangel an Arbeitsplätzen schlecht zu verwalten, gilt es, die Marktkräfte zu stärken. Dazu muss sich die Politik zum Abbau verfehlter Schutzvorschriften – Stichwort Meisterbrief – durchringen, und sie muss grössere Freiräume für eine an die regionalen Gegebenheiten des Arbeitsmarkts orientierte Lohnbildung – Stichwort Aufbrechen der Flächentarifverträge – schaffen.

Erste Schritte in den genannten Bereichen sind zu erkennen in Deutschland. Zu hoffen ist, dass die Politik nicht – wie so oft – wieder einmal zu kurz springt und die Ansätze nur verwässert umgesetzt werden. ■

Germany's Summer of Reform

Is Germany ready for a major leap forward in economic policy? The first reluctant steps can be discerned. What remains to be seen is whether the political leaders will be able to act decisively instead of watering down even the most basic attempts at change.

Politics in Germany is in a hurry in the summer of 2003. The social system is in a fix. On the one hand, contributions to the social system are falling due to a lack of economic dynamics. On the other hand, social expenditures are getting out of hand, mostly due to high unemployment and early retirement. The current crisis is even more worrying as the demographic problems will increase over the coming years. Without drastic corrections, the public social system is bound to collapse. Half-hearted attempts to cut costs will not be enough. What is really needed is deregulation, not only on the labor market, plus more competition and a substantial lowering of transfer payments as well as a decrease in social security deductions to make work more attractive again.

2002 marked a milestone in Germany towards more self responsibility. As a reaction to the recognition that social security benefits are not even guaranteed for today's active population, first steps were taken towards the systematic promotion of individual and corporate retirement planning. Compared to the usual piecemeal bungling in the social system, this was a quantum leap forward. But individual retirement planning must now be deregulated.

The same goes for the health sector: Instead of continuously introducing new regulations, more competition is called for. Responsible citizens should be able to decide the extent of their health coverage for themselves.

On the labor market, the profusion of regulations does not further individual responsibility either. Even worse: It is detrimental to our general welfare. Instead of administering the lack of jobs badly, we should strengthen the market forces. This means that politics must reduce uncalled for protection regulations and it must give the labor market more liberty in adjusting salaries to regional differences.